



POLITISCHER SCHLUSSBERICHT

SEOUL

1969 - 1972



Republik Korea in besonderer Berücksichtigung
der Jahre 1969 - 1972

- Das Staatsoberhaupt

Seit dem 16. Mai 1961, als er in einem Militärcoup das auf den unglückseligen Syngman Rhee folgende Regime überwarf, leitet der ehemalige General-Major PARK Chung Hee die Geschicke der Republik Korea. Niemand spricht ihm überragende Geistesgaben zu; er ist zudem von kleiner Statur, ein schlechter Redner und verfügt über nur geringe persönliche Anziehungskraft. Diesen gewichtigen Handikaps zum Trotz hat es der aus dem Südosten des Landes stammende Park verstanden, sich in den vergangenen 12 Jahren eine stets wachsende Machtfülle und eine gewisse Popularität zu erwerben. Sein bekannt grosser Schaffenseifer, eine angeborene Bauernschlauheit, das taktische Gefühl des erfahrenen Generalstäblers und bemerkenswerte Vermittlerfähigkeiten mögen ihm weitgehend zu diesem Erfolg verholfen haben; ohne Zweifel trug dazu auch sein Ruf als persönlich integere Persönlichkeit nicht wenig bei. Alle diese Qualitäten indessen hätten sicherlich nicht ausgereicht, den Genannten seine hohe Position über ein Dezenium halten zu lassen und sich damit - schon jetzt - einen beachtlichen Platz in der Geschichte des "Landes der Morgenruhe" zu sichern: Dazu waren in der Tat die fortdauernde tatige Unterstützung durch seine alten Waffengefährten, ein ergebener Polizei- und straff geleiteter Parteiapparat, und nicht zuletzt die treuen Wählerstimmen aus seiner volkreichsten Heimatprovinz Gyonsang unerlässliche Voraussetzungen. Park wusste sich diese gewichtigen Trümpfe zu erhalten und sich ihrer zu bedienen. Im Verein mit seinen persönlichen Fähigkeiten erlauben sie ihm heute in einem weitgehendst autoritären Stil zu regieren. Er ist Vorsitzender des Staatsrates, des Kabinetts und Oberbefehlshaber der Armee zugleich. Sowohl

- 2 -

Innen- und Aussenpolitik als auch das Wirtschaftsgeschehen tragen den Stempel seiner persönlichen Entscheidungen; desgleichen behält er sich auch in Detailfragen der Landesverteidigung, des Verwaltungswesens und sogar in kulturellen Belangen das letzte Wort vor. Park hat sich im "Blue House" von einer stattlichen Anzahl von persönlichen Beratern, Fachleuten und Wissenschaftern für alle Gebiete des öffentlichen Lebens umgeben. In letzter Zeit indessen scheint er sich in zunehmendem Ausmass auch deren Ratschlägen zu entziehen, um seine Entschlüsse "in Einsamkeit" zu fassen.

- Die Regierung

Dass unter den vorgeschilderten Umständen dem gewöhnlich aus 22 Ressortministern gebildeten und durch Präsidialdekret ernannten Kabinett keine entscheidenden Regierungsfunktionen zukommen, ist weiter nicht verwunderlich. Von einer Regierungspolitik kann denn auch keine Rede sein, obschon gerade das heutige Kabinett einige profilierte Persönlichkeiten aufzuweisen hat. Sämtliche seiner Mitglieder rekrutieren sich in der Regel aus der Regierungspartei.

- Das Parlament und die politischen Parteien

Die erdrückende Mehrheit, welche die Regierungspartei (Democratic Republican Party = DRP) seit der Machtübernahme Park's im koreanischen Einkammerparlament genoss, wurde anlässlich der letzten Abgeordnetenwahlen vom Mai 1971 erstmals erschüttert. Sie verlor dabei die für das Zustandekommen einer für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelsmehrheit und sah ihren Mandatvorsprung auf zwei Dutzend Sitze zusammenschrumpfen. Letztere verteilen sich heute wie folgt: DRP = 113, New Democratic Party (NDP), Opposition = 89, Splitterparteien = 2.

- 3 -

Im Anschluss an den überraschenden Wahlausgang wogen sich viele Bürger und nicht wenige ausländische Beobachter in der Hoffnung, dass die besagte Neukonstellation das Ende der bisher zwangsläufig parlamentarischen Jasager-Politik bzw. den Auftakt zu einem von eher demokratischen Spielregeln gekennzeichneten Abgeordnetenbetrieb bedeuten könnte. In diesen legitimen Erwartungen sah man sich indessen getäuscht: Die letzten Parlaments-sessions zeigten in der Tat, dass die von Präsident Park ferngesteuerte Regierungspartei gewissen Abweichungsversuchen und Auflehnungsgelüsten in ihren Reihen durch einschneidende persönliche Massregelungen den Riegel zu stossen und sich weiterhin globalen Gehorsam der eigenen Abgeordneten zu sichern verstand. Im Gegensatz dazu gelang es der Opposition in keiner Weise, sich von internen Fraktionskämpfen zu befreien, was in der Folge jegliche konzentrierte oder sogar konstruktive Aktion verunmöglichte. Einer unumstrittenen Führung entbehrend, beschränkte sie sich wie bis anhin auf blosser Demagogie, lautstarke Proteste und nutzlose Blockierungen des Kammerbetriebes. Ihrer numerischen Erstarkung zum Trotz wird sie weiterhin mit Leichtigkeit von der DRP überspielt.

Für die autoritäre Staatsführung bedeutet das lendenlahme Parlament nicht mehr als ein notwendiges Uebel; seine Eliminierung käme indessen einer Absage an eine "demokratische" Institution gleich, deren Anschein es wenigstens für die Augen der befreundeten Amerikaner zu wahren gilt. Der DRP gibt es willkommene Möglichkeit, "verdiente" Generäle und hohe Beamte, halb abgetakelte Politiker sowie machthungrigen Nachwuchs bei der Stange zu halten. In der Tat eröffnet die Kammerzugehörigkeit den Abgeordneten beider Parteien wenigstens relativen Einfluss; damit verbunden sind finanzielle Pfründe und Deckung für private Machenschaften aller Art. Der Mann von der Strasse schliesslich ärgert sich höchstens über die vielen Cadillacs vor dem Parlament - das auch in seinen Augen weitgehend

- 4 -

einer Farce gleichkommt.

- Die Innenpolitik

Auf der innenpolitischen Bühne waren die Jahre 1969 bis in die Mitte 1971 vor allem durch die Präsidentschafts- und Parlamentserneuerungswahlen gekennzeichnet. Dabei wühlte vorerst die Frage, ob Park Chung Hee entgegen den Verfassungsbestimmungen eine dritte Präsidenten-Amts-dauer von vier Jahren zugestanden werden sollte, leidenschaftliche Anteilnahme der gesamten Bevölkerung auf, welche lebhaft an die stürmischen Auseinandersetzungen während der Zeit von Syngman RHEE erinnerte; vielfach wurden denn auch Befürchtungen geäußert, ein weiteres Verbleiben Park's müsse zu einem ähnlich korrupt-arbiträren Regime mit persönlichen Diktatorgelüsten auf Lebenszeit führen. Derartige Bedenken allein hätten indessen nicht genügt, um insbesondere in den Grossstädten eine lautstarke Opposition auszulösen, die in Strassendemonstrationen und wilden Schlägereien zwischen Studenten und Ordnungsorganen sichtbarsten Ausdruck fand. In der Tat trugen hierzu ein seit Jahren aufgestautes Verlangen nach einer allgemeinen Demokratisierung des öffentlichen Lebens, unerfüllte Forderungen für eine gerechtere Güterverteilung und eine weitverbreitete Unzufriedenheit in Einzelfragen, wie z.B. der zwangsweisen Einreihung in die paramilitärische Organisation der "Homeland Reserve Force", in viel wesentlicherem Ausmasse bei. Im noch jungen Präsidentschaftskandidaten der Oppositionspartei KIM Dae Yong fand Park zudem einen überraschend gewandten Gegner, der, sich obstruktiver Kritik enthaltend, mit umfassenden und konkreten Reformplänen vor die Öffentlichkeit trat.

Die Frage der Verfassungsänderung, die Präsidentschaftswahlen selbst und die Erneuerung des Parlaments fielen - nicht zuletzt auch dank der vollen DRP-Kasse und einer geschickten Regie - dennoch zugunsten Park's und seiner Partei aus. Bezeichnend für die jeweilige Volksstimmung waren die einzelnen

- 5 -

Ergebnisse dieser Abstimmungen. Eine erdrückende Mehrheit von 3.9 Millionen Bürgern wollte dem bisherigen Präsidenten eine dritte Kandidatur ermöglichen; dieses eindeutige Votum mag Anerkennung dafür gewesen sein, dass es Park gelungen war, dem Volke nach den dunkeln Kriegsjahren lang verlorenes Selbstvertrauen und Zuversicht geschenkt und im Lande Ruhe und Ordnung wiederhergestellt zu haben. Rund 65% aller Wähler würdigten dadurch sicherlich auch die umstrittenen Verdienste des Ex-Generals um den - gesamthaft gesehen - beachtenswerten wirtschaftlichen Aufschwung ihrer Heimat. Schon die ein halbes Jahr später stattfindenden Präsidentschaftswahlen indessen sahen den Genannten nur noch mit einem relativ bescheidenen Mehr von 900'000 Stimmen über den Oppositionskandidaten gewinnen; die Parlamentserneuerung schliesslich führte zu dem bereits erwähnten Erdrutsch. Noch war Park zwar Garant für innere Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt sowie Personifizierung des Abwehrwillens gegen jede Bedrohung aus dem Norden; der bereits angetönte weitverbreitete Wunsch nach endlichen Reformen, worunter vor allem eine Lockerung der staatlichen Bevormundung und Einflussnahme, ein Ende der polizeilichen Uebergriffe und das Zugeständnis vermehrter persönlicher Freiheiten zu verstehen war, sowie auch die Abneigung gegen ein auf unabsehbare Zeit hinaus verlängertes Regime, fand in den beiden letzten Volksbefragungen indessen deutlich Ausdruck.

Vorerst schien es, dass der wiedergewählte Präsident gewisse Konsequenzen aus den Abstimmungsergebnissen zu ziehen beabsichtigte. Mit dem Hinweis darauf, bereits im Verlaufe seiner letzten Amtszeit einen Nachfolger heranziehen zu wollen, berief er am 3. Juni 1971 KIM Jong-pil, Begründer und Architekt der DRP, Wahlmacher und wohl fähigster gegenwärtiger Politiker, an die Spitze eines auch auf vielen andern Posten umbesetzten Kabinetts. Damit allerdings fanden die vielerseits erwarteten Neuerungen bereits ihr frühzeitiges Ende - wobei vorläufig noch nicht feststeht, ob die letzten Ent-

wicklungen auf innen- und aussenpolitischem sowie wirtschaftlichem und sozialem Gebiet allein entscheidende Veranlassung dazu waren oder ob nicht auch persönliche Beweggründe den Präsidenten bewogen haben mögen, den Weg der Reformen schon nach dem ersten Teilstück abubrechen.

In der Tat begannen zu dieser Zeit an der innern Front bisher nur schwelende Feuer aufzulodern, die seine vollste Aufmerksamkeit erforderten und in einem autoritär regierten Staateswesen vielmehr restriktive Massnahmen als eine Liberalisierung rufen mussten.

"Traditionsgemäss" machten sich die koreanischen Studenten als Erste zum Sprachrohr eines besonders in den intellektuellen Kreisen der Grossstädte stets zunehmenden Unmutes. In einer seit dem Aufstand gegen das Regime Rhee nie mehr beobachteten Geschlossenheit versuchten die jungen Leute den Ruf nach einer "sauberen" Verwaltung, die Forderungen auf herabgesetzte Dienstleistungen in der "Homeland Reserve Force" sowie das Verlangen der völligen Aufhebung des militärischen Kampusdrills auf die Strassen zu tragen. Die Schliessung der Universitäten über das ganze Land vermochte nicht zu beeindrucken; in der Hauptstadt drohte die Polizei die Ordnungsgewalt zu verlieren. Präsident Park verordnete die militärische Besetzung der Bildungszentren, die Rädelsführer wurden verhaftet, zum grossen Teil vom Weiterstudium ausgeschlossen und zur Zwangsarbeit aufs Land geschickt. Eine scheinbare Ruhe kehrte nach knapp drei Wochen studentischen Aufruhrs wieder ein - um kurz darauf allerdings von den in staatlichen Spitälern und Pflegeanstalten tätigen Aerzten weitergeführt zu werden. Letztern ging es vor allem um eine soziale Besserstellung, mussten sie sich bis anhin doch mit Gehältern zufriedengeben, die nicht nur ihrer Ausbildung spotteten, sondern ihnen auch kaum das Existenzminimum sicherten. Es bedurfte eines mehrtätigen Streiks von über 3000 Aerzten - wobei die Kranken

ihrem Schicksal überlassen wurden - bis sich die Regierung zu im Ausmass ungenügenden Besoldungsanpassungen bequeme. Eine Bagatelle zum Vorwand nehmend, legten einige Zeit darauf auch die Richter ihre Tätigkeit nieder. Nach aussen hin bezweckten sie damit die Rehabilitierung von zwei ihrer Kollegen; in Tat und Wahrheit wollten sie sich indessen gegen die überbordende Einflussnahme der koreanischen CIA auf den normalen Ablauf der Gerichtsbarkeit wehren. Knapp ausserhalb der Stadtmauern Seouls musste die Polizei von ihren Handwaffen Gebrauch machen, um eine verzweifelte Landgemeinde in Schach zu halten; nicht eingelöste Regierungsversprechen auf Landabtretung wurden als Ursache zitiert. Von einer der Stadt Incheon vorgelagerten Insel vermochten Militärgefangene auszubrechen und sich einen Weg bis in Aussenquartiere der Hauptstadt freizuschiessen; diese Eskapade rief Fragezeichen bezüglich der militärischen Abwehrbereitschaft.

Inflation und Verteuerung der Lebenskosten gewannen beängstigende Ausmasse. Korruptionsfälle bis in hohe Regierungsämter hinauf mehrten sich. Die Kriminalität nahm zu. Insolvenz, Betriebschliessungen und steigende Arbeitslosenziffern begannen das Wirtschaftsleben zu kennzeichnen. Aus straffer organisierten Gewerkschaftskreisen ertönte zunehmend lautbares Munkeln. Sogar die Presse und andere Massenmedien versuchten sich mit etwelchem Erfolg einer rigorosen Zensur zu antziehen.

Einzelnen gesehen hätten diese Störungen das Regime wohl kaum zu beunruhigen oder sogar zu gefährden vermocht; in ihrer Gesamtheit indessen führten sie zu einem allgemeinen Malaise, welches noch dadurch akzentuiert wurde, als eine kleine Minorität sich ein allzu sichtbar werdendes Leben in Luxus und Ueberfluss gestattete, welches in krassem Gegensatz zu dem harten Los der übrigen Bevölkerung stand.

Wenn nach den tiefern Gründen dieser mit Absicht etwas breit geschilderten Erscheinungen an der innern Front geforscht

werden soll, so müssen wir Regierung und Verwaltung dennoch zugute halten, dass dafür nicht nur ihre Unterlassungen und Missgriffe allein verantwortlich zeichneten. Im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts hat die soziale Struktur der koreanischen Gesellschaft in der Tat entscheidende Veränderungen erlebt. Bis vor kurzem noch setzte sich die Bevölkerung zu 80% aus Bauern oder Landeinwohnern zusammen. Die rasche Industrialisierung des Landes indessen rief eine gewaltige Migration vom Lande in die Stadt, deren Ausmass wohl am besten am Wachstum Seouls gemessen werden kann; die Einwohnerzahl der Hauptstadt erhöhte sich von 1960 bis 1972 von 2.44 auf nicht weniger als rund 6 Millionen. Die Desintegration ländlichen Milieus hat bekanntlich auch im Modernisierungsprozess westlicher Länder zu Unstabilität und Unrast geführt; deren Ausmass musste bei den traditionsverbundenen Koreanern umso gewichtiger und umfassender sein, als der Zuwachs ungebildeter ländlicher Arbeitskraft von den Städten keineswegs absorbiert werden konnte. Zwangsläufig ungelöste Infrastrukturprobleme trugen das ihre zu einer zunehmenden Demoralisierung der Zuzüger sowie zur allgemeinen Entwertung von Moralbegriffen und sozialem Denken bei.

Präsident Park erkannte die Explosionsgefahr solcher Regungen. Nachdem ihm indessen weder Zeit noch die notwendigen finanziellen Mittel zur Behebung ihrer Ursachen zur Verfügung standen, versuchte er den drohenden Sturm in echt diktatorialem Stil abzuwenden: Am 6. Dezember 1971 wurde über das ganze Land der Ausnahmezustand (State of emergency) verhängt. Die damalige aussenpolitische Lage musste herhalten, um ihm willkommene Handlangerdienste zu leisten. In der offiziellen Darstellung Seouls gaben dabei die angeblich abgeschlossenen Kriegsvorbereitungen Nordkoreas mit Gelüsten auf einen Blitzkrieg-Ueberfall des Südens in der Tat den wesentlichsten Beweggrund für die

erwähnte ausserordentliche Massnahme ab. Indirekt wurden dafür der Wunsch der Grossmächte auf Erhaltung des status quo auf der Halbinsel, die chinesische UNO-Unterstützung Pjongyangs, die Hilfeleistungsmüdigkeit Washingtons sowie vermehrte japanische Kontakte zu China und Nordkorea als verantwortlich geschildert.

Dass die koreanische Führung damals zwar und auch heute noch von der tatsächlichen Gefahr eines Angriffes aus dem Norden überzeugt ist, wird hier von keinem ausländischen Beobachter mehr ernstlich bestritten. Dafür legt vor allem auch die stets noch vor sich gehende Forcierung der militärischen Abwehrmassnahmen beredtes Zeugnis ab. Seit Monaten schon steht die Hauptstadt und das gesamte Grenzgebiet in Alarmbereitschaft. Kombinierte Land/Luft-Manöver und andere Truppenübungen gegen supponierte Eindringlinge, Luftschutzübungen mit Mitwirkung der Zivilbevölkerung, eine beschleunigte, tief gestaffelte Befestigung der näheren und weiteren Umgebung Seouls sowie des mutmasslichen feindlichen Aufmarschgebietes, bei jeder Gelegenheit wiederholte Ermahnungen von Staatsführung und Regierung, sich mit allen Mitteln gegen die "rote Gefahr" zu wappnen, und die militärische Bewachung öffentlicher Gebäude sind dabei die auffallendsten Merkmale einer martialisch anmutenden Entwicklung, die kürzlich ein westlicher Botschafter und mehrjähriger guter Kenner hiesiger Verhältnisse einem "aufgepöppelten südkoreanischen Trauma" gleichstellte. Dass unter der Unzahl hier herumschwirrender Spekulationen auch Mutmassungen geäussert werden, die - wie z.B. die Möglichkeit einer Kurzschlusshandlung KIM I₁-Sung's - nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden können, ist einleuchtend.

Das amerikanische Armeekommando in Korea sowie die US-CIA indessen vertreten - in völlig offenem Gegensatz zum Staatspräsidenten - die Ansicht, dass in ganz Nordkorea keinerlei ausserordentliche Massnahmen zu beobachten sind, die auf eine bevorstehende, wie auch immer geartete, militärische Offensive

- 10 -

gegen den Süden hinzudeuten vermöchten. Eine diesbezügliche Versicherung wurde mir erst in den vergangenen Tagen vom Oberkommandierenden der UNO-Streitkräfte bzw. der 8. US-Armee, General Michaelis, abgegeben. Im analogen Sinne erachtet die grosse Mehrzahl aller hier akkreditierten Missionschefs sowie die UNCURK-Mitglieder, auch vom rein politischen Standpunkt aus gesehen, die vorgeschilderten Befürchtungen Seouls als zumindest übertrieben und unrealistisch.

Das führt uns wieder zum ausschliesslich innern Geschehen zurück, wo sich inzwischen - bereits seit Jahresanfang gehörte - Befürchtungen um ein "Anziehen der Zügel" bewahrheitet haben. Ein saurer Wind vom Blue House her weht heute durch das ganze öffentliche Leben, welcher weder vor Amtsstuben, noch der Wirtschaft oder Privaten haltmacht. Säuberungen von unfähigen und korrupten Beamten in grossem Stil, ein allgemeiner Preis- und Lohnstopp, vermehrte Knebelung der Massenmedien und eindringlichste, mit Strafandrohungen verbundene Ermahnungen zu "austerity" in allen Belangen, die Forderung nach vermehrter und besserer Arbeitsleistung sowie das Gebot zur weitgehenden Selbsthilfe auf dem Dorf sind die wesentlichsten Muster von Massnahmen, Verordnungen und Plänen. Ob dieselben auf williges Echo im Volke stossen werden, bleibt abzuwarten. Park scheint seinerseits entschlossen zu sein, sie - selbst unter Zwang - zu verwirklichen. Mit dem "State of Emergency" verfügt er über die in Korea noch stetsfort notwendige Peitsche.

Mit einem Blick in die Zukunft ist schliesslich die Feststellung unerlässlich, dass der "Ausnahmestand" es Park erlauben könnte, sich ohne neue Präsidentschaftswahlen, die 1974 wieder fällig sind, auf theoretisch unabsehbare Zeit an der Macht zu halten. Die Stimmen, welche behaupten, dass der "State of Emergency" weitgehend auch zu diesem Zweck verhängt wurde, mehren sich zusehendst.

- Die Wirtschaft

Im Rahmen von zwei Fünfjahresplänen (1961-1971) hat Korea den Schritt von einer unterentwickelten, vornehmlich landwirtschaftlich orientierten Wirtschaft zu den ersten Stufen eines industriellen Staatenwesens mit Erfolg zurückgelegt. Dieser Wechsel ist umso bemerkenswerter, als er gleichzeitig auch den Wiederaufbau eines vom Krieg weitgehend zerstörten Landes mit einschloss und zudem ein Tempo kannte, welches auch dem kritisch eingestellten Beobachter eine gewisse Bewunderung abringen musste.

Die durchschnittliche Wachstumsrate während der vergangenen 10 Jahre betrug in der Tat rund 10 Prozent. Das per capita-Einkommen stieg von US\$ 96 im Jahre 1962 auf \$ 253 auf Ende 1971. Während der gleichen Zeitspanne erhöhte sich die Warenausfuhr von \$ 41 Millionen auf \$ 1.067 Milliarden. Während früher die Produkte der Primärindustrie hauptsächlichste Exportgüter waren, stellen heute die Manufakturwaren über 86% der koreanischen Ausfuhr dar.

Gesamthaft gesehen verlief jedoch die wirtschaftliche Entwicklung höchst einseitig und manifestiert sich auch entsprechend. Ihre Höhepunkte sind fast ausschliesslich im städtischen bzw. industriellen Bereich und an einigen Zentren aufblühender Produktionskomplexe zu finden. Die Förderung der ländlichen Gebiete bzw. des Primärsektors dagegen wurde - bis heute wenigstens - sträflich vernachlässigt. Während der letzten drei Jahre veränderte sich die Silhouette der Hauptstadt mehrfach; die Bauernweiler dagegen blieben sich gleich. Hier hektische Tätigkeit mit modernen Hilfsmitteln, dort harte Fron mit altem Werkzeug. Wohl erschliessen neue Autobahnen und Verkehrsmittel auch vermehrt das Dorf; der beiden Teilen versprochene soziale Fortschritt hielt dort jedoch bis jetzt nicht an. Er ist auch in

der Stadt höchst ungleich verteilt. Aus der recht spektakulären wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hat in der Tat nur eine relativ dünne Schicht von Industriellen, Handelsleuten und Spekulanten profitiert. Ihre Einkommen und Vermögen gehen in jedem einzelnen Fall in die Millionen - von Dollars. Die Mittelklasse fehlt weitgehendst; zu ihren Exponenten gehören lediglich die Unzahl von hohen Militärs und Beamten der Regierungspartei, die es durch Korruption oder zugeschanzte Präsidentenposten in Staatsunternehmen zu etwelchem Wohlhaben brachten. Das soziale Niveau der grossen Masse aller andern Berufstätigen hat sich in den letzten 10 Jahren - trotz des beachtlichen Anstiegs des pro-Kopf-Einkommens - indessen nicht wesentlich gehoben. Die früher zahlreichen Bettler sind zwar aus dem Strassenbild verschwunden, das sich heute, wenigstens in Seoul, fast durchwegs durch recht gekleidete und ausreichend genährte Passanten charakterisiert. Beim ausgesprochenen Bedürfnis des Koreaners, unter allen Umständen den äussern Schein zu wahren, ist dieser Eindruck indessen trügerisch; man braucht in der Tat nicht bis in die zahlreichen Slums an den Stadträndern zu gehen, um auf Schritt und Tritt Beweisen weit verbreiteter Armut und Elend zu begegnen. "Was haben wir von unserem wachsenden Sozialprodukt?" rief kürzlich der Oppositionsführer im Parlament aus - "the rich get richer and the poor poorer", womit er sich zweifelsohne zum kritischen Fragesteller des Grossteils der Gesamtbevölkerung machte.

An der Schwelle zum dritten Fünfjahresplan wird sich daher Staatspräsident Park - nicht zuletzt ob den vielen Anzeichen zunehmender sozialer Unzufriedenheit, wie sie unter dem Kapital der Innenpolitik skizziert wurde - fragen müssen, ob sich in manchen Belangen nicht eine andere Weichenstellung aufdrängt.

- 13 -

Obschon die Symptome dafür schon seit längerer Zeit wahrzunehmen sind, hat in der Tat gerade das letzte Jahr die Schwächen und Anfälligkeit des sog. "koreanischen Wirtschaftswunders" mit aller Deutlichkeit aufgezeigt: Noch bevor sich die durch die Won-Abwertung vom 26.6.1971 erhofften Wirkungen, vor allem eine Dämpfung der überbordenden Importe und eine Ausweitung der Exporte einstellen konnten, veränderten sich infolge der monetären und anderweitigen wirtschaftlichen, auf internationaler Ebene ergriffenen Massnahmen die Bedingungen, unter denen die hiesige Wirtschaft bisher einen steilen Aufstieg genommen hatte. Korea musste ihre Wirkung in umso grösserem Ausmass empfinden, als sein Aussenhandel zu rund 85% auf die USA und Japan ausgerichtet ist und der Fächer seiner gewichtigen Exportgüter sich auf einige wenige Produkte beschränkt. Das Netto-Aussenhandelsdefizit 1971 stellte denn auch nicht nur Wirtschaftsplaner, sondern sogar die pessimistischsten Voraussagen aus Handelskreisen in den Schatten. Die Importe (S 2.394 Milliarden) überstiegen den Plan um 9.7%, die Exporte blieben 5.1% unter den Erwartungen. Auch die Nettoeinnahmen aus Dienstleistungen gingen gegenüber dem Vorjahre um S 16 Millionen zurück. Das Gesamtdefizit aus Aussenhandel und dem Dienstleistungssektor belief sich in der Folge auf S 996 Millionen und lag damit um rund 16% über den "geplanten" S 858 Millionen.

Diese in den letzten Jahren zunehmend ungünstige Entwicklung vermochte hier umso mehr zu beunruhigen, als Korea in Zukunft einem steigenden Kapital- und Zinsendienst gerecht zu werden hat. Die seit 1959 im Ausland aufgenommenen Anleihen - mit deren Hilfe der wirtschaftliche Aufschwung überhaupt erst möglich wurde - belaufen sich per 31.12.1971 auf kontraktueller Basis berechnet in der Tat auf rund S 4 Milliarden, wobei die öffentlichen

- 14 -

Anleihen \$ 1.332 Milliarden und die Handelskredite \$ 2.301 Milliarden ausmachen. In der Gesamtschuld finden zudem die ausländischen Direktinvestitionen von \$ 303.9 Millionen Berücksichtigung. Zinsen und Kapitalien, welche an die Hauptgläubiger USA, Japan und die internationalen Finanzinstitute zur Rückzahlung fällig werden, beziffern sich 1972 - 74 auf \$ 424 bzw. \$ 497 bzw. \$ 629 Millionen, d.h. durchschnittlich rund 28% des erwarteten Warenexporterlöses.

Gerade die Ausweitung dieses lebenswichtigen Sektors an sich stösst indessen auf zunehmende Schwierigkeiten. In vorliegendem Zusammenhang ist in der Tat zu beachten, dass Korea über nur geringe eigene Rohstoffquellen verfügt und diese für seine Manufakturindustrie benötigten Rohmaterialien stets noch zu 80% aus dem Ausland beziehen muss. Angestrebte Mehrexporte bedeuten daher auch erhöhte Einfuhren ... Der von der Hand in den Mund lebenden Exportwirtschaft des Landes stellen sich zudem noch anderweitige strukturelle Probleme, worunter lediglich die Veraltung der Textilindustrie - als wichtigstem Exponenten - die allgemein zu beobachtende schwache Basisfinanzierung und tiefe Verschuldung, die fast völlig fehlende Forschung und die Unzahl der in ausschliesslichem Familienbesitz befindlichen Betriebe erwähnt werden sollen. Ob der jetzt geplante Aufbau einer Schwer- und Petrochemischen Industrie sowie die beabsichtigte Förderung von arbeitsintensiven Produktionszweigen die Rettung bedeuten kann, ist zweifelhaft. Dazu braucht es in der Tat riesige Kapitalien und gelernte Arbeitskraft; beides fehlt in Korea in weitestem Ausmass.

Zu den vorskizzierten Schwierigkeiten gesellt sich wohl im unpassendsten Moment noch die Gewissheit, dass in absehbarer Zeit die amerikanischen "invisibles" von jährlich rund \$ 250-300 Millionen, welche die koreanische Truppenpräsenz in Vietnam mit sich brachten, zum Verschwinden kommen werden. Zusätzlich verringerte

- 15 -

Einnahmen auf dem gleichen Sektor sind unausbleiblich, falls sich die Befürchtungen um einen weiteren Abbau der US-Streitkräfte in Korea realisieren sollten.

Angesichts dieser recht düsteren Perspektiven beginnt sich hier jetzt allgemein die Auffassung abzuzeichnen, dass die Koreaner bei aller Anerkennung ihrer Aufbauleistung den Rahmen eigener Möglichkeiten und resources überschätzt haben. Man wollte zuviel in zu kurzer Zeit: überstürzte Planung, zahllose Fehldispositionen, qualitativ schlechte Ausführungen, Korruption und Betrug sowie mangelhaftes Management waren die Folgen und liessen zahlreiche - auch kostspieligste - neue Objekte schon kurz nach ihrer Vollendung wenn nicht als von fragwürdigem, so doch von wesentlich eingeschränktem Wert erscheinen. Mit dieser Feststellung soll den sich auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens manifestierenden Leistungen der Regierung und vor allem der bemerkenswerten Einsatzbereitschaft, der grossen Ausdauer und bewunderungswürdigen Genügsamkeit des koreanischen Arbeiters, Technikers und Bauern, die zum weitgehenden Gelingen der ambitionösen Regierungspläne Wesentliches beitrugen, keinerlei Abbruch geschehen.

Gesamthaft gesehen darf heute demnach wohl gesagt werden, dass der "take-off" gelungen ist; die Wirtschaftsmotoren spucken jedoch deutlich und bedürfen baldmöglichster Revision und vermehrten Brennstoffes, wenn der Flug über all die neuen Hochkamine, Kraftwerke, Autobahnen, kranbewehrten Hafenanlagen, Hotelkomplexe und Luxusvillen nicht in einem nach mittelalterlichen Methoden bebauten Acker enden soll.

Zum Glück mehren sich in diesem Zusammenhang die Anzeichen, dass sich auch die zuständigen Regierungskreise inklusive des Staatspräsidenten zu einer realistischeren Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes durchzuringen beginnen. So soll in einem nicht veröffentlichten

- 16 -

Bericht vom 22. März d.J. der ECONOMIC PLANNING BOARD tatsächlich eine Herabsetzung der bisher vorgesehenen Wachstumsraten des dritten Fünfjahresplanes empfohlen haben.

Nach beachtlichen Teilerfolgen während der vergangenen zweiten Planperioden tritt die Wirtschaft Koreas heute am Ort. Zum Weitermarsch benötigt, erwartet und verdient sie - hoffentlich in vermehrtem Masse auch zum Wohle des kleinen Bürgers - zusätzliche massive Auslandshilfe.

- Die Aussenpolitik

Wenn die Aussenpolitik Koreas - vorerst auf die Sechzigerjahre zurückblickend - einer kurzen Würdigung unterzogen werden soll, wird man ihr gewisse Erfolge nicht absprechen dürfen: Die Konsolidierung des Verteidigungspaktes mit den USA als militärisches Bollwerk gegen den Norden, die Normalisierung der Beziehungen zu Japan als Voraussetzung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Uebernahme einer führenden Rolle in der Gründung und Entwicklung des "Asian and Pacific Council" zur Förderung regionaler Belange in Ostasien, die Entsendung von Streitkräften nach Vietnam, und schliesslich die Schaffung eines Vertrauensklimas für die Erhältlichmachung umfangreicher Auslandskredite zum Aufbau der Wirtschaft sind in der Tat Resultate, die sich sehen lassen dürfen. Nicht zuletzt kommt ihr wenigstens teilweise auch das Verdienst zu, in der hiesigen Beurteilung der Wiedervereinigungsmöglichkeiten realistischeren Gedankengängen zum Durchbruch verholfen zu haben. Die emotionellen Aspekte, welche in früheren Jahren diese Frage weitgehend zu beeinflussen vermochten, sind in der Tat Ueberlegungen gewichen, welche einen unbedingten und raschen Zusammenschluss mit dem Norden nicht mehr als absolute Notwendigkeit für das Wohl des koreanischen Volkes beinhalten.

Aus den vorskizzierten Ergebnissen auf eine gleichermassen umfassend aktive Aussenpolitik Koreas während der letzten Jahre schliessen zu wollen, wäre indessen irrig. Dazu bewegte sie sich gesamthaft gesehen zu sehr im Schlepptau der USA und der UNO. Diese Tatsache erhellt sich nicht zuletzt im unterschiedlichen "approach" zu der sowohl Innen- wie Aussenpolitik weitgehend dominierenden Frage des Verhältnisses zu Pyongyang. Während man an der innern Front nicht müde wurde, alle nur erdenklichen Vorkehren zu treffen, um selbst der schlimmsten Eventualität nach Möglichkeit gewachsen zu sein, entbehrte die Aussenpolitik - wenigstens bis vor kurzem noch - dem gleichen Schwung weitgehend. Es sei eingeräumt, dass amerikanische Bevormundung (die man sich nur zu gerne gefallen liess) den Spielraum Seouls sicherlich einengte und die zur Selbständigkeit gewordene diplomatische Schützenhilfe von jenseits des Pazifiks der Initiativefreudigkeit des hiesigen Aussenministeriums kaum förderlich war. Hierbei mag sich zusätzlich auch die Tatsache ausgewirkt haben, dass Präsident Park - ungeachtet aller anderweitigen zum Teil ausschliesslich propagandistischen Zwecken dienenden Vorschläge an die Adresse des Nordens - die Frage einer Wiedervereinigung ursprünglich bis zum Jahre 1976, d.h. nach erfolgreichem Abschluss des dritten Fünfjahresplanes, zurückgestellt wissen wollte. Die Aktivität der hiesigen Diplomatie erschöpfte sich in der Folge hauptsächlich in Bemühungen, die Weltöffentlichkeit vor der angeblich den Frieden gefährdenden Aggressivität Nordkoreas zu warnen und gipfelte in der Anstrengung, regelmässig eine für sie möglichst günstige UNO-Abstimmung in der Koreafrage herbeizuführen. In diesem Zusammenhang ist auch der Wettlauf mit Pyongyang um die Gunst von neuerstandenen oder blockfreien Staatenwesen in Afrika und Lateinamerika zu sehen.

Im übrigen schien ihr die Zeit wohl zugunsten des Südens zu laufen: An der Seite der 600'000 Mann starken koreanischen Armee stand ein kriegsbereites US-Truppenkontingent von rund

- 18 -

65'000 GI's mit beachtlichem Luftschirm, eine in Ausbildung begriffene "Homeland Reserve Force" und nicht zuletzt eine erstarkende Wirtschaft.

Mit diesen Trumpfkarten in der Hand vermochte die Ankündigung einer neuen Asienpolitik Präsident Nixons Seoul vorerst nicht zu beunruhigen. Auch der Koreabesuch Staatssekretärs Rogers' vom 31.7.1969 und das darauf folgende Treffen Nixon/Park in San Francisco taten hiesiger Zuversicht anscheinend keinen Abbruch. Beide Präsidenten vertraten in der Tat übereinstimmend die Ansicht, dass die koreanischen und die im Lande stationierten amerikanischen Truppen stark und schlagkräftig gegen bewaffnete Angriffe bleiben müssten, was Seoul in seiner Annahme bestärkt haben mag, die Ausnahme der Nixon-Doktrin darzustellen und weiterhin ein besonderes "treatment" in Anspruch nehmen zu können. Die unmittelbar darauf folgende erste Lieferung von Phantom F-45-Jägern vermochte diese Auffassung in einem gewissen Grade noch zu untermauern.

Schon 1970 indessen bedeutete sowohl im wirtschaftlichen als auch politischen Geschehen die entscheidende Wendung. Auf dem letztgenannten Gebiet brachte es dem Land - einer totalen Opposition der Regierung zum Trotz - den ersten amerikanischen Truppenrückzug von rund 20'000 Mann. Die Entrüstung über diesen unerwarteten Schritt des grossen Verbündeten war umso grösser, als er einem fait accompli gleichkam und die Koreaner auch in ihrem Selbstbewusstsein tief verletzte. Das gleichsam als Versüssungspille abgegebene amerikanische Versprechen, als Kompensation vermehrte finanzielle Mittel zur Modernisierung der koreanischen Armee, ihrer Bewaffnung und sonstigen Ausrüstung zur Verfügung stellen zu wollen, trug zwar etwas zur Beruhigung der Gemüter bei; gesamthaft gesehen täuschte es indessen nicht über die Tatsache hinweg, dass der seit Jahren andauernde Höhenflug der gegenseitigen Beziehungen einen schweren Schlag erlitten hatte.

- 19 -

Inzwischen änderte sich die internationale Lage in einer Weise, welche heute die vorerwähnten amerikanischen Schritte in Korea als logische Vorläufer einer Entwicklung erkennen lässt, die Präsident Nixon vorläufig nach Peking bringen sollte.

Mit der damit zum Ausdruck gekommenen Tendenz einer Annäherung der beiden Grossmächte wandelte sich die Situation des Landes von Grund auf. Seoul musste erkennen, dass seine Existenz während der letzten 25 Jahre in der Tat engstens mit der Struktur des "kalten Krieges" verbunden war. Die nationalen Interessen Koreas und der USA konnten dabei so lange identisch sein, als das Land einen Stützpunkt der Amerikaner zur Eindämmung kommunistischer Einflussgewinnung darstellte. Wohl aus dem gleichen Grunde wurde ihm auch eine grosszügige Unterstützung auf wirtschaftlichem, militärischem und diplomatischem Gebiet zuteil, welche der Nation in kürzester Zeit eine Spitzenposition unter den Entwicklungsländern zu gewinnen erlaubte. Die Perspektive auf eine Entspannung zwischen der Volksrepublik China und den USA hat der Identität der Interessen Washingtons und Seouls indessen bereits wesentlichen Abbruch getan; sie könnte sich weiter vermindern, wenn Amerika im Bestreben, die Kontakte mit China noch enger zu gestalten, auch seine bisherige Politik gegenüber Pjöngjang revidieren sollte.

Nach der Nixon/Chou Konferenz beeilte sich zwar Washington mit der Versicherung, seine alten, im Verteidigungspakt mit Korea stipulierten Verpflichtungen einhalten zu wollen. Die diesbezüglichen Erklärungen Green's wurden hier mit Genugtuung zur Kenntnis genommen; die Einsicht, in Zukunft nur mehr mit zunehmend vermindertem US-Support rechnen zu können, scheint sich inzwischen jedoch endgültig durchgesetzt zu haben, wozu die in letzter Zeit schleppende Abwicklung des Armee-Modernisierungsprogramms sowie die vorgeschlagene Kürzung der US-Militärhilfe für das Fiskaljahr 1973 wohl noch zusätzlich beigetragen haben mögen.

Der aus ihrer Lethargie aufgescheuchten koreanischen Diplomatie blieben unter den vorskizzierten Umständen - vorläufig wenigstens - nur zwei Wege offen, um sich der neuen Lage nach Möglichkeit anzupassen. Die eine dieser Möglichkeiten bestand in einem Versuch der "Koreanisierung" des Verhältnisses zum Norden. Ein gewisser Anfang dazu war schon im April 1970 gemacht worden, indem die erste Verteidigungslinie im westlichen Sektor der demilitarisierten Zone auf einer Länge von rund 250 Kilometern von amerikanischen in koreanische Hände wechselte. Ein anderer Anlauf, um erstmals in direkten Kontakt mit Pjöngjang zu gelangen, bildeten die auf Initiative Seouls zustande gekommenen Rotkreuzgespräche in Panmunjom. Seit dem 20. September des vergangenen Jahres sind Vertreter beider Länder dort bemüht, sich über Agenda und sonstige Modalitäten einer Konferenz über eine gemeinsame "family research campaign" zu einigen. Noch ist die Formel zur Aufnahme von Vollverhandlungen über diese rein humanitären Fragen nicht gefunden worden; trotzdem schliesst Seoul das Zustandekommen einer Konferenz nicht aus, von der man sogar hofft, dass sie Vorläufer für spätere bilaterale Verhandlungen auf delikateren Gebieten bilden könnte. In diesem Zusammenhang hat Aussenminister Kim in kürzlichen Reden den Austausch von Journalisten, Sportlern und Kulturgut als zweite Stufe eines langfristigen Fahrplanes umrissen, in welchem als dritte Etappe schliesslich Diskussionen über Fragen der Wiedervereinigung angeführt sind. Bis dahin ist allerdings ein langer Weg und die kommentierenden Worte des gegenwärtigen Chefs der UNO-Waffenstillstandskommission zu seinen kürzlichen Vorschlägen auf eine Entmilitarisierung der Pufferzone zwischen den beiden Ländern mögen für alle ihre bilateralen - wie immer auch gearteten - Verhandlungen Gültigkeit haben: "Enemies of long standing do not easily remove the barriers of distrust"...

- 21 -

An der eigentlichen äusseren Front liess die Pekingkonferenz Seoul das gefährliche Ausmass seiner Isolierung als Folge der bisherigen, weitgehendst auf die USA und die UNO ausgerichteten Aussenpolitik deutlichst erkennen. Man realisierte im Rahmen der ASPAC-Organisation (von Taiwan natürlich abgesehen) und unter den in Vietnam engagierten Drittländern in der Tat die einzige Nation zu sein, die keinerlei wie immer geartete Beziehungen oder zumindest irgendwelche Kontakte mit Peking aufgenommen hatte. Zusätzlich legte sich Seoul auch Rechenschaft darüber ab, dass sein Verhältnis zu der übrigen kommunistischen Welt kaum unter günstigeren Vorzeichen stand. Unter dem Zwang der Verhältnisse vollzog die hiesige Diplomatie in der Folge fast eine dramatisch anmutende Linksdrehung, indem sie über Nacht eine während einem Vierteljahrhundert beachtete antikommunistische Haltung in Frage stellte, die sowohl in aussen- wie auch innenpolitischen Belangen weitgehend als Staatsmaxime bezeichnet werden durfte. In einer vor dem Parlament gehaltenen Rede vom 7. August v.J. erklärte der Premierminister, dass die koreanische Regierung, "turning our eyes to other parts of the world", neuerdings bereit sei, mit allen "nonhostile" kommunistischen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Im Rahmen von "more forward-looking foreign policies, looking abreast of new tides in world currents flowing around Korea" wurde auch die Möglichkeit der Anknüpfung von Beziehungen zu der Sowjetunion und der VR China nicht ausgeschlossen.

Den Worten sind inzwischen Taten gefolgt. Mit den europäischen Ostländern Jugoslawien, Rumänien, der Tschechoslowakei und Polen erfolgte bereits eine Fühlungnahme auf Wirtschaftsebene. Die Bemühungen, mit den Russen ins Gespräch zu kommen, liefen teilweise auch über diese Mission bzw. das Departement.

Es ist hier kein Geheimnis mehr, dass ebenfalls mit Rotchina Kontakte gesucht werden. Auch dieser - zweite Weg zur Anpassung an die gewandelte Situation im asiatischen Raum dürfte sich indessen steiniger erweisen als den Koreanern lieb ist. Nicht zuletzt muss Park auch aus innenpolitischen Gründen Gewicht auf ein behutsames Vorgehen legen.

Bei einem Rück- und Ausblick dürfte die koreanische Aussenpolitik seit der Beendigung des Koreakrieges dennoch einmal durch die folgenden drei Abschnitte gekennzeichnet sein:

- Die erste Phase der antikommunistischen und antijapanischen Haltung der Regierung Syngman RHEE.
- Eine zweite Phase mit der Eliminierung der Japan-feindlichen Einstellung.
- Die dritte Phase nach der Pekingreise Präsident Nixons.

Im Rahmen der unausweichlich gewordenen Neuorientierung seiner Aussenpolitik wird sich Seoul zunehmend auch der Notwendigkeit einer abermaligen Revision der Beziehungen zu Japan bewusst. Dieses hier für seine zukünftige Sicherheit als vital erscheinende Erfordernis gewinnt im Verhältnis zum wachsenden amerikanischen Desengagement an Gewicht; es manifestiert sich zudem nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Die abzug-süchtigen Amerikaner selbst fördern unter dem Konzept der Nixon-Doktrin eine allgemein engere Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden asiatischen Nachbarn, wobei wenigstens bis heute vieles darauf hindeutet, dass ihre "Nachfolge"-Rechnung schliesslich aufgehen wird. In wirtschaftlichen Belangen sind die Japaner in der Tat bereits auf dem besten Weg zu einer Neueröberung des Landes; aber auch auf politischem Gebiet hat sich Tokio - nach hiesiger Auslegung - wenigstens indirekt schon verpflichtet, als Sato dem koreanischen Staatspräsidenten die Versicherung abgab, dass die Rückgabe von Okinawa die Bedeutung der Insel für die koreanische

Verteidigung in keiner Weise schmälere. Seoul hat diese Zusicherung mit Genugtuung vermerkt; auf der andern Seite hegt es indessen starke Befürchtungen, dass eine allzu starke Bindung an Tokio seiner Diplomatie besonders im Hinblick auf die angestrebte Annäherung an Peking zum Hindernis werden könnte. Das diesbezügliche Dilemma Koreas wird noch offensichtlicher, wenn man sich historischer Tatsachen erinnernd an die Worte des Staatsrechtlers Y.T. Yun hält: "La politique actuelle de la Chine vis-à-vis de la Corée reste identique, pour une bonne part, en dépit des siècles. Dans le passé, la Chine n'a jamais tenu à se mêler des affaires intérieures de la Corée, son seul souci étant de ne pas la voir dominée par son ennemi supposé".

- Koreas ungewisse Zukunft (Zusammenfassung)

In autoritärer Weise leitet Präsident Park Chung Hee seit 1961 die Geschicke der Republik Korea. Unter seiner Führung sind innere Stabilität und Sicherheit verwirklicht worden. Er hat dem Volke weitgehend Selbstvertrauen und Zuversicht geschenkt. Seine durch die Landesverfassung beschränkte Amtszeit läuft indessen 1974 ab. Ob der dafür prädestinierte gegenwärtige Premierminister KIM Jong Pil das Erbe Park's anzutreten in der Lage sein wird, steht noch keineswegs fest. Erbitterte Nachfolgekämpfe sind ebenso im Bereich der Möglichkeit. Sie vermöchten die jetzige Kohäsion gleichermassen zu erschüttern wie ein Entschluss Park's, sich unter Missachtung der konstitutionellen Bestimmungen weiterhin an der Macht zu halten.

Die Innenpolitik ist durch das numerische Erstarren der Oppositionspartei gekennzeichnet. Diese Erscheinung kann als Ausdruck zunehmender sozialer Unzufriedenheit und Unrast gewertet werden. Vom sog. "koreanischen Wirtschaftswunder" hat in der Tat nur eine kleine Minorität profitiert. In wachsendem Ausmass wird vielerorts auch der Mangel an demokratischen Freiheiten empfunden.

Ob die Verhängung des Ausnahmezustandes (Jahresende 1971) zur Eindämmung all dieser Regungen die richtige Antwort ist oder nicht vielmehr versteifter Opposition rufen wird, muss sich erst erweisen.

Die Wirtschaft Koreas hat in den letzten 10 Jahren einen spektakulären Aufschwung erlebt und das Land vom Stadium der Unterentwicklung auf die ersten Stufen eines industriellen Staatenwesens geführt. Die Evolution verlief indessen höchst einseitig, indem das Hauptaugenmerk dem Tertiärsektor allein galt; die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete wurde sträflich vernachlässigt. Korea verdankt seine Fortschritte weitgehend williger und billiger Arbeitskraft; ebenso unerlässlich indessen waren dazu die finanzielle Hilfe der USA, Japans und internationaler Bankinstitutionen. Es blieb denn auch den weltweiten Wirtschafts- und Währungsmaßnahmen des vergangenen Jahres vorbehalten, die strukturellen Schwächen der hiesigen Ökonomie aufzuzeigen; die darauf folgende und bis dato anhaltende Rezession liess auch Seoul erkennen, dass in manchen Belangen zu ambitiöser Planung und überforciertem Tempo gehuldigt wurde. Zu besonderer Beunruhigung gibt in diesem Zusammenhang die Auslandsverschuldung Anlass. In zunehmendem Ausmass wird befürchtet, dass Korea dem künftigen Kapital- und Zinsendienst nicht gerecht zu werden vermag, ohne zu Moratorien Zuflucht nehmen zu müssen.

Im Bestreben nach einer gewissen staatlichen Eigenständigkeit hatte die Diplomatie Seouls im Verlaufe der Sechzigerjahre einige beachtliche Erfolge aufzuweisen. Im wesentlichen indessen liess die omnipotente Präsenz der USA einer selbständigen koreanischen Aussenpolitik wenig Spielraum. Letztere beanspruchte ihn auch nicht; in der Tat verfolgten die beiden Partner im Abwehrbestreben kommunistischer Einflussnahme grundsätzlich die gleichen Ziele. Diese Identität verlor mit der Annäherung zwischen Washington und Peking indessen weitgehend an Gehalt. Der Wechsel

- 25 -

- verbunden mit direkten US-Disengagementsgelüsten in Korea -
zwang Seoul zu einer Anpassung seines aussenpolitischen Konzepts.
Im Verhältnis zu Pyongyang wurde erstmals mit Erfolg der direkte
Kontakt gesucht (Rotkreuzgespräche). Bestrebungen, mit der
kommunistischen Welt ins Gespräch zu kommen, sind im Gange. In
Bezug auf seine Sicherheit wird sich Seoul aber auch der Notwendig-
keit einer Revision der Beziehungen zu Japan bewusst; dessen Hilfe
bedarf es überdies für die weitere Entwicklung seiner Wirtschaft.
Müsste eine weitere Annäherung an Tokio - als Nachfolger der USA -
indessen nicht China oder die Sowjetunion auf den Plan rufen und
das Land erneut zum Spielball der Grossmächte werden lassen? Diese
Frage beinhaltet jedoch nur eines der Dilemmas der Republik.

Seoul, den 1. Mai 1972.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.:



(Max Leu)